

# Weißeritz-Zeitung

**Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.**

Beste Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts  
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite Petit-  
zeile 400 M., außerhalb der Amtshauptmann-  
schaft 500 M., im amtlichen Teile (nur von  
Behörden) Zeile 1000 M. — Eingelände und  
Reklamen Zeile 1200 M.

Verantwortlicher Redakteur: **Felix Jehne.** — Druck und Verlag: **Carl Jehne** in Dippoldiswalde.

Nr. 146

Mittwoch den 27. Juni 1923

89. Jahrgang

Der unterzeichnete Stadtrat hat nach Gehör der Preisprüfstelle mit Wirkung vom 27. Juni ds. Js. ab für den Stadtbereich Dippoldiswalde die nachstehenden

## Kleinhandelspreise für Milch und Milchzeugnisse

festgesetzt:

1 Liter Vollmilch ab Gehöft	1030 M.
1 " " " Molkerei oder Händler	1120 "
1 " " " Laden des Hausfrauenvereins Dippoldiswalde	1100 "
1 " Magermilch ab Gehöft	515 "
1 " " " Molkerei od. Händler	560 "
1 Pfund Butter ab Gehöft	11 450 "
1 " " " Molkerei od. Händler	14 000 "
1 " Speisequart ab Gehöft	1280 "
1 " " " Molkerei od. Händler	1500 "

Vorstehende Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes. Sie verstehen sich einschließlich Umsatzsteuer. Zuwiderhandlungen werden nach den einschlagenden rechtsgesetzlichen Bestimmungen mit Gefängnis und Geldstrafen oder einer dieser Strafen, in schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft.

Dippoldiswalde, den 26. Juni 1923. Der Stadtrat.

## Die Arbeiterzählung

findet in diesem Jahre am 2. Juli statt. Die Zählbogen werden zugestellt. Sie sind am 2. Juli sorgfältig auszufüllen, zu unterschreiben und sofort wieder in der Polizeiwache abzugeben.

Dippoldiswalde, am 25. Juni 1923. Der Stadtrat.

## Bekanntmachung.

Die Ausgabe der Ausweise zur Verlosung von 20 Meter Brennholz erfolgt Mittwoch den 27. Juni von 4—5 Uhr nachmittags in der Polizeiwache, die Verlosung an demselben Tage 1/27 Uhr abends im Rathausaal. Berechtigter zur Entnahme von Ausweisen sind nur diejenigen Haushaltungen, die bei bisherigen Verlosungen nicht berücksichtigt worden sind oder denen seit 1922 Holz von der Stadt nicht zugewiesen werden konnte.

Der Plurausschuß.

## Ortliches und Ewigliches

**Dippoldiswalde.** Die Diözesanversammlung der Eparchie Dippoldiswalde am Montag den 25. Juni hatte diesmal ein ganz besonderes Gepräge durch einen um 10 Uhr der Versammlung vorangehenden Gottesdienst, der auch aus der Bürgerkraft gut besucht war. Gab er doch Gelegenheit, den Bischof der evangelischen Kirche Sachsens nicht nur von Person, sondern auch als Prediger kennen zu lernen. Als Thema verlas er Epheser 5, 16: *Schadet euch in die Zeit, denn es ist böse Zeit.* In der revidierten Bibel ist die Stelle überseht: *Kaufet die Zeit aus.* Beide Anweisungen bedurfte der Kanzelredner als Teile seiner Predigt. Auch die böse Zeit sei von Gott, und der Christ solle dazu im Glauben ja sagen und seine Seele in das Heil der Welt hineinbringen und sich in seinen Willen fügen. Die Kirche habe jetzt eine Krise durchzumachen. In ihrem Neubau seien alle, nicht nur die Kirchengemeinderäte, sondern alle Kirchengemeindeglieder mit verantwortlich. Sie müßten alle Weislichen die Möglichkeit verschaffen, ihre Pflichten ungehindert zu erfüllen. Die Aufgabe der Kirchengemeinderäte bestehe nicht nur in Erledigung von Äußerlichkeiten, sondern sie müßten auch noch mehr auf das innere kirchliche Leben einwirken, nicht nur Kritik üben, sondern selbst mit Hand anlegen. Erfolgreich seien die kirchlichen Jugendbewegungen. Ein jeder solle auch die Zeit für sich selbst ausheulen, so lange es Tag ist. Was der Mensch tue, das werde er ernten. Besondere Weisheit strömte, wie aus der Predigt, auch aus dem Doppelquartettgesang: *Hell ist der Herr.* — Darauf begab man sich in den Ratskronensaal zur Diözesanversammlung, die Superintendent Michael eröffnete mit den Worten nach 1. Kor. 10, 30: *Ich spreche, daß mich der Herr gesegnet hat.* Nach Begrüßung des Bischofs Jhmels, des Amtshauptmanns v. d. Planitz, des Bürgermeisters Herrmann, des Synodalen Amtsgerichtsrat Kluge-Frauenstein und aller anwesenden Damen und Herren gab er einige Mitteilungen aus dem Jahresberichte. An der Wahl zu dem am 1. April in Kraft getretenen neuen Kirchengemeindeordnung haben sich in der Eparchie 37% der Wahlberechtigten beteiligt. In 11 Gemeinden sind außer den Kirchenvorständen auch Kirchengemeinderäte gewählt worden, zu denen in 6 Gemeinden auch Frauen aufgenommen worden sind, die sich besonders in der Regelung innerer Erhebung des kirchlichen Lebens bewähren. Erwünscht ist die Schaffung von Pachtmissionen zur Erzielung einer Gleichmäßigkeit bei Vergabung von Pachtland. Für die Deduktion der Ausgaben der Kirche sind in vielen Gemeinden freiwillig monatliche Beiträge abgeliefert worden. 6 Weisliche hat die Not getrieben, sich Nebenbeschäftigung zu suchen, ein Umstand, der ihnen für Ausübung ihrer pfarramtlichen Aufgaben nicht immer die genügende Zeit abnimmt. Abhilfe tut hier bitter not. Darauf erhielt Schuldirektor L. R. Pauch aus Gladkotte das Wort zu einem Vortrage über das Thema: *Was können Kirche, Schule und Haus tun, damit in unseren Gemeinden lebendiges Christentum entsteht?* Mit großer Wärme und aus persönlicher Einlebung heraus begründete Lehner in langer Ausführung — mehr hätte die Folgefähigkeit der Zuhörer wahrer erhalten — seine

gedruckt vorliegenden Leitsätze, aus denen wir folgende Sätze herausgreifen wollen: Der Glaube, der in Liebe tätig ist, das ist lebendiges Christentum. Die Kirche muß sich immer bewußt sein, daß der Zustand und der Fortschritt des Reiches Gottes auf Erden von ihren Gottesdiensten abhängt, besonders von der Predigt. Die Kirche hat ihr großes Werk der dienenden Liebe immer mehr auszubauen. Gefundes kirchliches Gemeinleben ist die Voraussetzung für die Gesundung unseres ganzen Volkes. Die ev.-luth. Gesamtkirche muß sich immer mehr ausbauen zu einer christlich-sozialen Kirche. Die Schule muß Bekenntniswahrheit sein. Das christliche Haus ist die Grundlage nicht nur des Staates, sondern auch der Kirche. Frömmigkeit und Fleiß sind die beiden Hauptziele einer christlichen Kindererziehung in der Familie. An den Vortrag knüpfte sich eine recht lebhafte Aussprache, an der sich auch Bischof Jhmels beteiligte. Mancher praktischer Wink wurde dabei für die Beteiligung der Laien im kirchlichen Leben gegeben, aber auch der Wunsch ausgesprochen, daß die Weislichen mehr Fühlung mit dem Volke nehmen möchten. Von einer Seite (diesmal nicht von einem Pädagogen) wurde das Erstreben der Gemeindefortschritte gefordert. — Zwei Anträge einer Kommission, Gehaltsfragen betreffend, wurden antwortgemäß, teils mit geringer Änderung, angenommen, zu denen Bischof Jhmels betonte, daß vom Konsistorium alles geschehe, um den berechtigten Forderungen der Weislichen gerecht werden zu können. Nachdem noch vom Vorsitzenden zum Besuch eines am 1. Juli in Schmiedeberg stattfindenden Kirchenkonzerts der Kantorengruppe, sowie zu einem Vortrag des Missionars Hammisch am 7. Juli hier über das Weistesen Indiens und zu dem Missionstreffen am 8. Juli ebenfalls hier eingeladen worden war, wurde gegen 4 Uhr die Versammlung mit Gesang und Gebet geschlossen.

— In der Krankenkassenerhöhung ist sowohl die Einkommengrenze wie auch der Grundlohn neuerdings erhöht worden.

— Die nächste Mutterberatungsstunde findet Donnerstag den 28. Juni nachmittags 2—3 Uhr im Diakonatsaal statt.

— Stern-Lichtspiele. Am Mittwoch wird das große erfolgreiche Sittendrama *Der Graf, die Tänzerin und der Staatsanwalt* einmalig aufgeführt. Die beliebten Filmdarsteller Bruno Kastner und Edith Meier spielen die Hauptrollen. Als zweiter Schauspieler ist der fünfaktige Abenteuerfilm *Der Gespenstklub* mit Jimmy Voss in der Hauptrolle, vorgesehen. (Nächstes im Inferno.)

— Schlechtes Honigjahr. Ein Imker schreibt: Wir haben bereits Ende Juni. Die Bienenvölker müßten um diese Zeit eigentlich auf ihrer vollen Höhe stehen. Die Honigdüme müßten gefüllt und die Honigschleuder in Bewegung gesetzt sein. Leider ist in diesem Jahre von all dem nichts zu spüren. Ich habe seit über 20 Jahren Bienen, doch weiß ich noch nie ein Jahr, wo es so leer im Bienenhasten ausfällt. Schwache Völker, keinen Honig. Wenn nicht in aller Kürze warme Witterung eintritt, ist mit einer völligen Misere zu rechnen.

— Die Zigarette als Staatsfrage. Die gesamte Tabaksteuer brachte im Monat April 87 Milliarden Mark auf. Davon entfallen etwa 27 Milliarden allein auf die Zigarette. In ihrem Ertrag wird die Zigarettensteuer lediglich übertroffen von dem Ertrag der Zölle und der Kohlensteuer: im übrigen brachte die Zigarettensteuer mehr ein als sämtliche anderen indirekten Steuern zusammen genommen. Diese, wie Bier-, Wein-, Mineralwasser-, Zucker-, Salz-, Jandwaren, Leuchtmittelsteuer usw. bringen insgesamt nicht einmal 7 Milliarden Mark auf.

— Die ab 1. Juli 1923 zur Grundmiete zu erhebenden Zuschläge sind in Rabenau wie folgt festgesetzt: 11 000 % für Betriebskosten, 600 % für Verwaltungsaufwand, 600 % für Hausmannsarbeiten, 11 000 % für laufende Instandsetzungsarbeiten, 4000 % für große Instandsetzungsarbeiten, zusammen 27 800 %. Hierzu kommt der vom Finanzministerium auf 100 % festgesetzte Zuschlag für den Zinsendienst, so daß die zur Grundmiete zu erhebenden Zuschläge insgesamt 27 800 % betragen. — In Röhrenbroda beträgt der Zuschlag zur Grundmiete 17 700 %.

— Der Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen, Landesverein Sachsen, wendet sich in einer Erklärung gegen den Bezirksdiakonatsrat Jbz, der, nachdem er bald nach Ausbruch der Revolution mit Frau und Kindern aus der Kirche austrat, jetzt den kirchlichen Religionsunterricht inspiziert. Zum Schluß wird in der Erklärung dringend das Reichsdienstgesetz verlangt, das den Evangelischen die Möglichkeit gebe, evangelische Bekenntnisschulen zu errichten.

— Postendorf. Es ist geplant, hier einen Stenographenverein ins Leben zu rufen. Die Kurse sollen unmittelbar nach den Sommerferien beginnen. In Aussicht sind drei Abteilungen genommen: 1. für Anfänger, 2. für Fortgeschrittene, 3. für Kandidat der Reichspräsident. Die Kurse sind über 30 Mitglieder angemeldet.

— Dresden. Aus parlamentarischen Kreisen wird dem Union-Sachdienstag geschrieben: Wir wir von volksparteilicher Seite hören, besteht bei den bürgerlichen Parteien die Absicht, in der nächsten Sitzung des Landtages einen Misstrauensantrag gegen den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner einzubringen mit dem Ziele, ihn zum Rücktritt zu zwingen, falls er nach seiner politischen Rede in Niederplanitz nicht selbst das Verantwortungsgesetz aufbringt, sein Amt niederzulegen. Wie es heißt, wird sich auch der Reichstag mit der Hezrede Dr. Zeigners beschäftigen. Die sozialistische Presse hat bisher zu dieser Rede Dr. Zeigners geschwiegen.

— Von deutschnationaler Seite ist im Landtag eine Anfrage eingebracht worden, die von der Regierung Auskunft verlangt, welche Stellung sie zu der Rede Dr. Zeigners in Niederplanitz einnimmt.

— Dresden. Der Johannismarkt hat einen recht unglücklichen Verlauf genommen. Es waren nur sehr wenig Besucher, besonders von auswärtigen, und mit geringer Kaufkraft, auch sehr wenig Firanten gekommen. So war z. B. die Johann-Georgen-Allee, die vor dem Krüge die Töpferwaren nicht lassen konnte, nur von einigen Händlern besetzt. Ebenso standen viele der aufgebauten Stände leer. Die Dresdner Geschäftsleute hatten das vorausgesehen und hielten in der Mehrzahl am Sonntag die Geschäfte gar nicht offen.

— Für Dresden wurde die Julimiete, die vom Rate auf das 480fache der Grundmiete gesetzt worden war, im Beschwerdeverfahren von der Kreisamtsverwaltung auf das 600fache der Grundmiete erhöht.

— Dem Landtag ist eine Vorlage zugegangen, nach der die Regierung ermächtigt werden soll, zum Ausbau der Kohlen- und staatl. Elektrizitätsunternehmen und zum Ausbau staatl. Anstalten und Gebäude eine weitere Anleihe von 75 Milliarden Mark aufzunehmen. Die Anleihe soll auch auf ausländische Wahrung oder auf Sachwerte lauten können. Durch das Anleihegesetz vom 31. Januar 1923 war der Landtag ermächtigt worden, eine Anleihe bis zum Betrage von 25 Milliarden Mark aufzunehmen. Auf Grund dieses Gesetzes hat das Finanzministerium bereits Anleihen im Gesamtbetrage von 13 Milliarden Mark untergebracht. Die Geldentwertung der letzten Wochen macht eine Erhöhung des im Anleihegesetz vorgesehenen Höchstbetrages notwendig. Die Wirkung der fortgeschrittenen Geldentwertung ist insbesondere darin zu erkennen, daß in der zweiten Hälfte des Mai allein über 5 Milliarden Mark von den staatl. Unternehmen in Anspruch genommen worden sind. Auch zum Ausbau der gewerblichen Betriebe bedarf der sächs. Staat erhebliche Summen. — Eine weitere Vorlage betrifft die Veränderung des Beamtenbesoldungsgesetzes. Durch die Novelle sollen die sächsl. Bestimmungen über die Beamtenbesoldung der neuen, vom Reich geschaffenen Regelung angepasst werden. Die sächsl. Minister, die bisher daselbe Gehalt bezogen, wie die Reichsminister, sollen in Zukunft ein um monatlich 70 000 M. hinter den Sägen der Reichsminister zurückbleibendes Grundgehalt erhalten. — In einer dritten Vorlage ist vorgesehen, daß der Jahreslohn der Hundesteuer in Zukunft 12 000 M. betragen soll. Es soll die Erhöhung der Steuer bis auf das 30fache des gesetzlichen Betrages zulässig sein. Der gesetzliche Hundesteuersatz betrug nach dem Gesetz vom 24. Februar 1922 300 M. und konnte bisher bis auf 3000 M. erhöht werden. Die vorgenommenen Erhöhungen konnten aber nicht befriedigen, wie die große Anzahl von Gesuchen von Gemeinden um Bewilligung einer Ausnahme beweist. Die Gemeinden müßten sich bei ihren Gesuchen darauf, daß das Ueberhandnehmen der Hunde in den letzten Jahren bedeutende Ausgaben für Reinigung der Straßen und Plätze veranlaßt und die Steuer, die im Interesse der Volksernährung sehr erwünschte Verringerung der Hunde nicht herbeigeführt habe.

— Pirna. Die ununterbrochenen Niederschläge der letzten Zeit sind auch auf den Wasserstand der Elbe nicht ohne Einfluß geblieben. Während in früheren Jahren der Wasserstand dort niedrig war, daß die Elbschiffahrt mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, ist die Elbe jetzt, wie man zu sagen pflegt, volkshoffig geblieben. In den letzten beiden Tagen ist sogar ein erhebliches Waschen des Wassers wahrzunehmen.

— Leipzig. In der Brauerei von Ulrich wollte der 65jährige, seit vielen Jahren dort beschäftigte Arbeiter Schönfelder Kohlen, die aus dem Bunker nicht in die Kesselanlage nachströmen, lockern. Als er die Kohlen betraf, gab die Masse nach und begrub ihn. Er sofort eingeleiteter Rettungsmaßnahmen kam Hilfe zu spät. Er war unter den Massen erstickt.

— Leipzig. Den Bemühungen des Verkehrsvereins ist es gelungen, den Rat der Stadt für die Einrichtung eines Leber- nachschubs während der Sommerferien zu gewinnen. Voraussichtlich wird schon für diesen Sommer eine möglichst in der Nähe des Hauptbahnhofes gelegene Schule zur Verfügung gestellt.

— Chemnitz. Eine sehr bemerkenswerte Rede hielt vor den Chemnitz-Vertrauensmännern der ehemalige Minister des Innern Lipinski. Es ist sehr bezeichnend, daß die Chemnitz-Vertrauensmännern Lipinski auf die Rede in den letzten Jahren nicht mehr geantwortet hatten. Aus den Anmerkungen, die sie gibt, ist jedoch zu ersehen, daß für diese Rede nicht mehr angenehm gewesen sein muß. Nach der „Volksstimme“ hat Lipinski die Haltung der Ministergenossen, die in der Angelegenheit des Untersuchungsausschusses (wegen der letzten Urteile) sich einseitig informiert hätten und einseitig vorgegangen seien, kritisiert. Es sei unverständlich, daß gerade die früheren rechtssozialistischen Herren in Sachen den Kommunisten die meisten Zugeständnisse machten. Die SPD. hätte den Kommunisten bei der Regierungsbildung Konzessionen gemacht, die der Sozialdemokratie unwürdig seien. In der Frage der Kontrollratschüsse sei die SPD. viel zu weit gegangen. Außerdem man ihn als Minister fallen lassen, nur weil die Kommunisten diese Forderung aufgestellt hätten. In der Debatte wurde die Rede Lipinskis von den Radikalen sehr zerpflückt. Die Anmerkungen Lipinskis, daß man über die Frage der großen Koalition jetzt nicht zu reden brauche, und die Neußerung, in welcher Form einmal eine Koalition komme, das hänge nicht von der SPD. ab, sondern von den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, wurden von den Diskussionsrednern besonders eintrag debattiert. Interessant ist, daß nach dieser Debatte ein Antrag einging, die Redaktion der „Volksstimme“ solle künftig objektiver berichten und die Lipinskischen Artikel noch nachträglich bringen. Dieser Antrag wurde jedoch von den Radikalen um Vogel kurzzeitig abgelehnt. Bezeichnend ist weiterhin, daß man Lipinski nicht einmal — entgegen allem Brauche in sozialistischen Versammlungen — das Schlusswort gestattete.

— Aue. Der Milchhändlerverein von Aue, Löhnitz und Umgebung teilt mit, daß der Rat der Stadt Aue neuerdings Milchhöchstpreise festgesetzt habe, die den Milchhändlern jede Existenzmöglichkeit nehmen. Da die Händler nicht in der Lage sind, beim Milchverkauf noch weiterhin Geld zuzuflehen, haben sie sich deshalb gezwungen, den Milchverkauf einzustellen.

— Lichtenfels-C. Ein folgenschwerer Verfallereignis ereignete sich am Neubau der Firma Altmann u. Co. hier. Drei dort beschäftigte Zimmerleute hatten den Auftrag erhalten, ein Arbeitsgerüst zu errichten. Sie betreten hierbei das 10—12 Meter hohe Schiefergerüst. Lehteres gab, wahrscheinlich mit beeinflusst durch die starken Niederschläge, nach und das nördliche Ende desselben stürzte in die Tiefe, die Arbeiter mit sich reißend. Alle drei erlitten schwere Verletzungen.

— Steinleis-Verbau. Seit etwa 14 Tagen sieht man abends am Anger rege Ausschachtungstätigkeit. Es ist die Freiwillige Feuerwehr, die den Grund zu ihrem neuen Spritzenhaus selbst ausbeut. Der Gemeindefiskus ist leer und so hat sich die Wehr freiwillig erhoben, kostenlos den Grund auszubeuten und beim Weiterbau unter sachmännlicher Leitung nach besten Kräften mit zu helfen. Da in das Spritzenhaus vier Wohnungen eingebaut werden, ist auch der Wohnungsnot wieder etwas geboten, denn aus eigenen Mitteln ist es der Gemeinde jetzt nicht möglich, zu bauen.